

Schmidt, Ilse



geb. 11. September 1892 in Schwerin, gest. 12. September 1964 in Mönchengladbach, Fürsorgejuristin, Richterin, Abgeordnete, Dr. iur.

Ilse Luisa Schmidt wurde am 11. September 1892 in Schwerin als älteste Tochter von Elisabeth Schmidt und Paul Schmidt geboren. Der Vater hatte Jura studiert und arbeitete als Bankdirektor; er starb im Juni 1914. Von 1898 bis 1908 besuchte Schmidt die höhere Mädchenschule in Schwerin und dann ab 1909 die Untersekunda auf einem Realgymnasium in Lübeck, das sie 1913 mit dem Reifezeugnis verließ.

Von 1914 bis 1915 studierte Schmidt zunächst Volkswirtschaft, danach wechselte sie zu den Fächern Rechtswissenschaft und Sozialpolitik, die sie an den Universitäten in Marburg und anschließend bis 1917 in Berlin studierte. Vom 15. Oktober 1916 bis zum 1. April 1917 war sie als Expedientin am Vormundschaftsamt der Stadt Berlin, Abt. II, tätig und ging dann an die Universität Heidelberg, um dort das Jurastudium zu vollenden. Dort hörte sie bei Sinzheimer, Endemann, Anschütz und Lilienthal. 1919 begann sie ihre Dissertation mit dem Thema „Das Prinzip der gesetzmäßigen Verwaltung in der Literatur und Rechtsprechung im 19. Jahrhundert“ bei einem der bedeutendsten Staatsrechtler seiner Zeit, Gerhard Anschütz, in Heidelberg. Ende 1919 verließ sie die Universität mit dem Dr. iur.

1919 war sie Mitglied des Deutschen Juristinnen-Vereins (DJV), von 1921 bis 1933 des Deutschen Verbandes deutscher Sozialbeamtinnen und bis 1933 Mitglied der Deutschen Staatspartei.

Nach der Promotion arbeitete Schmidt als Hilfsreferentin im württembergischen Arbeitsministerium in Stuttgart. Ab 1922 war sie Leiterin der Sozialen Frauenschule in Rostock, bis diese schließen musste. Danach war sie Sachbearbeiterin am Kreisjugend- und Wohlfahrtsamt in Rostock. Von 1927 bis 1929 arbeitete sie als Sachbearbeiterin im Archiv Deutscher Berufsvormünder in Frankfurt am Main und war gleichzeitig Mitarbeiterin beim „Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt“. Ab 1929 arbeitete Schmidt als hauptamtliche Dozentin für Staats-, Rechts- und Wohlfahrtskunde an der Frauenschule für Volkspflegerinnen in Frankfurt am Main. Nachdem sie 1936 aus ihrer hauptamtlichen Stelle entfernt und nur noch stundenweise beschäftigt wurde, entließen die Nationalsozialisten sie 1937 aus politischen Gründen, wie sie selbst in ihrem Lebenslauf schrieb, „da ich nicht Mitglied der NSDAP war und im Unterricht nicht genügend den Nationalsozialismus vertrat und vertreten wollte.“ (LA Schwerin 6.II-1 Nr. 298)

Nach viermonatiger Arbeitslosigkeit kehrte Schmidt in ihre Heimatstadt Schwerin zurück und war dort als Bürovorsteherin des Rechtsanwalts Büsing tätig. Im Oktober 1938 ging sie nach Bremen, wo sie bis 1939 Leiterin einer Fachklasse für Volkspflegerinnen an der Staatlichen Frauenschule war. Da die Schule von Blutordensträgerinnen geleitet wurde, gab es erneut Auseinandersetzungen über den Lehrstoff und die Lehrmethoden. Deshalb wechselte Schmidt 1939 bis 1945 als Statistikerin, Arbeitsvermittlerin, Berufsberaterin und Gruppenleiterin im Arbeitseinsatz in die Arbeitsämter von Brake und Nordenham. Zum 1. April 1941 wurde sie als Hilfsreferentin an das Landesarbeitsamt Niedersachsen in Hannover übernommen, wo sie überwiegend zu Fragen des Arbeitsplatzwechsels arbeitete. Die Juristin wäre gern wieder nach Schwerin zurückgekehrt, doch Verhandlungen mit dem Landesarbeitsamt Mecklenburg scheiterten an der fehlenden NSDAP-Mitgliedschaft und daran, dass Schmidt nicht mehr Mitglied in der NS-Frauenschaft war – der sie zuvor beigetreten war, um ein Zugeständnis an die Realitäten der Arbeitswelt im Nationalsozialismus zu machen. Stattdessen wurde ihr zum Jahresbeginn 1945 eine Stelle als Gruppenleiterin für den weiblichen Arbeitseinsatz in Schwerin angeboten, die sie annahm, weil sie sich um ihre Mutter kümmern wollte.

Nach Kriegsende wurde Schmidt zum 1. April 1946 trotz fehlender Staatsexamina als Amtsgerichtsrätin für Vormundschafts-, Nachlass- und Jugendgerichtssachen am Amtsgericht Schwerin tätig. Sie wurde allerdings 1947 wegen ihrer kurzen Angehörigkeit zur NS-Frauenschaft zwischen 1934 und 1941 wieder fristlos aus dem Staatsdienst entlassen.

Am 17. September 1945 war Schmidt auch der neu gegründeten CDU, Landesverband Mecklenburg, beigetreten. 1946 wurde sie in den Landesvorstand der CDU sowie in den Landtag Mecklenburg-Vorpommern gewählt. Bis 1947 war sie Mitglied des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes. Ab dem 15. Dezember 1947 wurde sie hauptamtlich Referentin für Frauenarbeit sowie kultur- und sozialpolitische Fragen beim CDU-Landesverband. Daneben war sie Mitglied im Landesfrauenausschuss, Vorsitzende der Zonenfrauen-Arbeitsgemeinschaft der CDU und Mitglied der Rechtskommission beim Zentralen Frauenausschuss (Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung in der Sowjetischen Besatzungszone) Berlin. Wie aktiv sie neben der Arbeit für alle genannten Institutionen für Frauenfragen eintrat, zeigen auch ihre vielen Eingaben im Sozial- und Eingabenausschuss und in der Rechtskommission beim Zentralen Frauenausschuss der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung. Dabei schien sie zumindest anfangs politisch sowohl der Sowjetunion als auch dem neuen ostdeutschen Staat gegenüber aufgeschlossen zu sein und war erkennbar glücklich, endlich ihre eigenen beruflichen Möglichkeiten entfalten zu können.

Nach dem Bau der Mauer 1961 verließ sie Schwerin und zog, soweit bekannt, nach Mönchengladbach, wo sie 1964 starb.

Werke: Das Prinzip der gesetzmäßigen Verwaltung in der Literatur und Rechtsprechung im 19. Jahrhundert, Diss. Heidelberg 1919.

Literatur (Aswahl): Inachin, Kyra T.: Porträt Dr. jur. Ilse Schmidt, in: dies.: Parlamentarierinnen. Landespolitikerinnen in Mecklenburg und Vorpommern 1918 bis heute, Kückenshagen 2005, S. 161–162; Schwießelmann, Christian: Die CDU in Mecklenburg und Vorpommern 1945 bis 1952. Von der Gründung bis zur Auflösung des Landesverbandes. Eine parteigeschichtliche Darstellung, Düsseldorf 2010.

Quellen: Universitätsarchiv Heidelberg, Schmidt, Ilse, H-II-852/20, fol. 61, S. 499 ff.; Nachlass Ilse Schmidt, Archiv der deutschen Frauenbewegung Kassel, NL-P-48; Landeshauptarchiv Schwerin Landtag Mecklenburg(-Vorpommern) 6.11-1 Nr. 298: Personalfragebogen, Lebensläufe und Beurteilung der Landtagsabgeordneten 1948–1950.